

**IN WELCHER ORDNUNG
WOLLEN WIR LEBEN?**



Walter Eucken und
die Soziale Markt-
wirtschaft

www.ordnung-in-freiheit.de

Walter Eucken und die Soziale Marktwirtschaft

von Dr. Uwe Dathe

**Ein Aufsatz
zur Ausstellung**

Herausgegeben vom
Aktionskreis Freiburger Schule –
Initiative für Ordnungspolitik e.V.

Inhalt

Walter Eucken und die Soziale Marktwirtschaft

Aufsatz von Dr. Uwe Dathe 5

Kurzbiographie Dr. Uwe Dathe 17

Kurzbiographie Walter Eucken

Wendula von Klinckowstroem 18

Der erste Schritt zur neuen Wirtschaftspolitik

Von Professor Walter Eucken (Freiburg)

Ist es nicht genug haben?
Ist es nicht genug haben?

Seit der Wirtschaftsreform war die westdeutsche Wirtschaft in den vergangenen Jahren so erfolgreich, wie die Vergangenheit. Die Produktion ist in den vergangenen Jahren um ein Drittel gewachsen, die Exporte um ein Drittel, die Importe um ein Drittel. Die Produktion ist in den vergangenen Jahren um ein Drittel gewachsen, die Exporte um ein Drittel, die Importe um ein Drittel.

Diese Aufbebung ist vor allem durch 4 Faktoren erschwert. Die Höhe des Marktwirtschafts vermindert sich, seine Höhe wird nicht 1952 betragen. So entsteht das Problem, Nachkriegswirtschaft und Industrie in weit höherem Maße als bisher zu entwickeln. Nachkriegswirtschaft und Industrie in weit höherem Maße als bisher zu entwickeln.

Lehren eines Fehlgehl
Vielleicht ist es gut, in diesem Augenblick an die Zeit nach dem ersten Weltkrieg zurückzudenken. Die Zeit nach dem ersten Weltkrieg zurückzudenken.

Klärung durch Erfahrungen

Freiheit sind wir in gewisser Richtung hierfür besser gerüstet — oder könnten es sein. Demnach ist die Freiheit in der Wirtschaftspolitik ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

A vor allem hat es sich gezeigt, daß die sozialen und wirtschaftlichen Probleme nur im Rahmen freier Ordnungen gelöst werden können. Ordnen, in denen der Wirtschaftsprozess mit zentralen Plänen gelenkt wird, bieten keine Grundlage für die Lösung der sozialen Frage.

Darin liegt ein wesentlicher Fortschritt, daß die Erfahrungen der Vergangenheit deutlich zeigen werden. Führer werden, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Auch zur Verantwortung dieser Frage können die Experimente der dritten und vierten Jahrzehnte viel sagen. Vor allem sind die Erfahrungen der dritten und vierten Jahrzehnte viel sagen.

Denen zu ordnen. Demnach aber ist das Problem nicht gelöst worden. In der Welt geht es nicht ein zurück. In der Welt geht es nicht ein zurück. In der Welt geht es nicht ein zurück.

Dabei wird allerdings Klarheit über die Lage der Dinge geschaffen. Klarheit über die Lage der Dinge geschaffen. Klarheit über die Lage der Dinge geschaffen.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Denen zu ordnen. Demnach aber ist das Problem nicht gelöst worden. In der Welt geht es nicht ein zurück. In der Welt geht es nicht ein zurück.

Dabei wird allerdings Klarheit über die Lage der Dinge geschaffen. Klarheit über die Lage der Dinge geschaffen. Klarheit über die Lage der Dinge geschaffen.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

schafflichen Schäden, die wir kennen. Mittragungen sind dann die Folge. Die Folge der Mittragungen sind dann die Folge.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Auch die übermäßige Ausdehnung der Inflationsbekämpfung — in die Grundfragen, die industrielle Konzentration zu ergötzen. Diese Fragen können vornehmlich in einer Wirtschaftspolitik gelöst werden.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Europa - ein Teilstück

Baumwirtschaftlich oder im Maschinenbau, Deutschland, Belgien, Frankreich usw. erfordern. Diese Fragen können vornehmlich in einer Wirtschaftspolitik gelöst werden.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Am Anfang steht die Währungsfrage

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

ersten Folgen können und müssen. Für den Aufbau eines europäischen Handlungssystemes wäre der Boden bereit.

Die Einheit der Wirtschaftspolitik
Durch zwei Jahrzehnte hindurch sind wir uns eine Wirtschaftspolitik der Freiheit gewünscht. Wir haben verlangt, die innere Wirtschaftspolitik in Verbindung mit der äußeren zu sehen — und danach zu handeln. Exportierergüter und Herneinwärts in die Weltwirtschaft können wir nicht dadurch erreichen, daß alle innerpolitische und handelspolitische Anordnungen gemacht werden. Darüber hinaus ist es nötig, die innere Wirtschaftspolitik durch außenpolitische Handlungen zu unterstützen. Die Agrarpolitik sollte nicht in artfremden Bereichen bestehen, welche den Leistungswettbewerb beschränkt, und durch „Marktregeln“ die deutschen Agrarprodukte auf dem Dauer der Weltmärkten tut. Dadurch wird u. a. der Aufbau eines nacheinander Handoversystemes ermöglicht.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat. Die Freiheit der Wirtschaftspolitik ist ein Problem, das sich in der Vergangenheit nicht gelöst hat.

Auch für den Aufbau der europäischen Wirtschaft kommt es also zunächst auf die Verwirklichung ständiger Ordnung an. Ordnung an, die die Freiheit haben, die Freiheit haben, die Freiheit haben.

Deutsche Auslandsverträge

Kritik in der Schweiz
R. M. Kästli, (Basler Bericht) Da Washington Abkommen, durch das sich die Schweiz verpflichtet hat, die Schweizer Wirtschaft in Mitteleuropa höherer Schutz zu gewähren, ist die Schweiz Abkommen erfüllt werden.

Die Anträge gegen diese Lebenskonventionen sind als die Befreiung der Schweiz von ausländischem Druck und von der Möglichkeit, die Schweizer Wirtschaft zu unterstützen, zu verstehen. Die Anträge gegen diese Lebenskonventionen sind als die Befreiung der Schweiz von ausländischem Druck und von der Möglichkeit, die Schweizer Wirtschaft zu unterstützen, zu verstehen.

Walter Eucken und die Soziale Marktwirtschaft

von Dr. Uwe Dathe

Obwohl der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ im Werk Walter Euckens nicht vorkommt, zählen Politiker, Publizisten und Wissenschaftler seit Anfang der 1950er Jahre Eucken zu den wichtigsten Wegbereitern sowohl des wirtschaftspolitischen Konzepts als auch der Politik der Sozialen Marktwirtschaft. In der Öffentlichkeit wurde der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ populär, als Ludwig Erhard seine erfolgreiche Wirtschaftspolitik nach der Wirtschafts- und Währungsreform vom Juni 1948 als Soziale Marktwirtschaft bezeichnete. Erhard gilt seitdem in Deutschland und im Ausland als der große Praktiker und eigentliche Vater der Sozialen Marktwirtschaft. Es war aber Erhard selbst, der mehrmals erwähnte, dass er den Werken Euckens und anderer Freiburger zahlreiche Anregungen für seine Wirtschaftspolitik verdankte. So betonte er in einer Festschrift für Franz Böhm „freimütig, dass ohne Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow, F. A. von Hayek, Alfred Müller-Armack und viele andere, die mitdachten und mitstritten, mein Beitrag zur Grundlegung der freiheitlichen, sozial verpflichteten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung kaum möglich gewesen wäre“.¹ Die von Erhard erwähnten Wissenschaftler hielten fest an den klassischen rechtlichen Grundlagen jeder liberalen Wirtschaftsordnung (Privateigentum, Vertragsfreiheit, Haftung, Wettbewerbsfreiheit), hatten aber erkannt, dass diese nicht ausreichen, um die individuelle Freiheit aller Bürger zu garantieren und die Herausbildung wirtschaftlicher Machtpositionen zu verhindern. Ihre Idee war es, einen Ordnungsrahmen für die Wirtschaft zu gestalten, mit dem der Staat die für alle Marktteilnehmer bindenden Regeln setzt, ohne selbst wirtschaftlich aktiv zu werden. Betrachtet man die wirtschaftspolitischen Vorstellungen von Erhards Ideengebern genauer, werden deutliche Unterschiede sichtbar. Erhard, und das zeigt die Riege der von ihm aufgeführten Ökonomen und Juristen, komponierte seine Wirtschaftspolitik aus sehr unterschiedlichen Konzeptionen.² Auf die konzeptionellen ordnungstheoretischen und ordnungspolitischen Differenzen zwischen Erhards Vordenkern werde ich hier nicht eingehen. In meinem Beitrag möchte ich anhand einer bislang nahezu unbekanntem Quelle nur skizzieren, wie Eucken nach 1945 in die Debatten um

die Neuordnung der deutschen Wirtschaft eingriff und wie sich sein Verhältnis zu Erhard gestaltete.³ Wenn wir diesen Fragen nachgehen, muss auch ein Ökonom berücksichtigt werden, den Erhard in der Böhm-Festschrift nicht nannte, der aber von 1948 bis 1950 der Verbindungsmann zwischen der Freiburger Schule und Erhard war und ohne dessen Vermittlungsgeschick die Freiburger Ideen weit weniger Wirkung in der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit gezeitigt hätten.

Leonhard Miksch (1901-1950) war einer der engsten Vertrauten Euckens und einer seiner produktivsten Mitarbeiter. Er war 1927 in Tübingen bei Eucken promoviert worden und hatte sich 1937 in Freiburg ebenfalls bei Eucken mit einer bedeutenden Arbeit zur Wettbewerbsordnung⁴ habilitiert. Von 1929 bis 1943 arbeitete er für die Wirtschaftsredaktion der „Frankfurter Zeitung“, wo er in zahlreichen Beiträgen ordoliberalen Ideen entwickelte und erläuterte. Miksch, der auch nach dem Krieg regelmäßig für Tages- und Wochenzeitungen schrieb und in allen Beiträgen die Ansichten der Freiburger Schule darstellte, wurde nach seiner Tätigkeit im Verwaltungsrat für Wirtschaft der amerikanischen und britischen Zone in Minden 1948 als Abteilungsdirektor in die Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes übernommen. Im Sommer 1949 lehrte er an der Wirtschaftshochschule Mannheim und wechselte zum Wintersemester 1949/50 auf einen Lehrstuhl an der Universität Freiburg. Miksch, der von Eucken und Böhm zur Freiburger Schule gezählt wurde und sich selbst als Freiburger verstand, unterhielt jedoch nie Verbindungen zu den Freiburger Kreisen.⁵ Wie eng Eucken und Miksch nach 1945 wissenschaftlich und wirtschaftspolitisch zusammenarbeiteten, verdeutlicht eine Notiz aus Mikschs Tagebuch. Die Befürchtung eines Bekannten, dass er zu sehr im Schatten Euckens stehe, kommentierte Miksch am 7. März 1949:

Richtig ist, dass eine Menge von dem, was ich gesagt habe, Eucken zugeschrieben wird, richtig ist aber auch, dass ich ihm im höchsten Grade verpflichtet bin, auch in geistiger Hinsicht. Sein Einfluss auf mich lässt sich kaum von der eigenen Denkarbeit abgrenzen. Eucken würde mich sehr gern in Freiburg haben, er fühlt sich dort etwas einsam, rechnet damit, dass Dietze, der ganz Theologe geworden sei, vielleicht nach Göttingen geht. Nichts wäre alberner und peinlicher als Prioritätsfragen, die ohnehin immer dubios

sind, einem Manne gegenüber aufzuwerfen, der einen so gefördert hat. Das werde ich nie tun dürfen. Es bleibt also nur die Wahl, entweder getrennt und selbstständig zu arbeiten oder eine Art Symbiose einzugehen, aus der sich mein Anteil später nie mit Sicherheit herausfiltrieren lassen. Den Vorteil einer Vertretung der Freiburger Schule an verschiedenen Orten schlägt Eucken nicht so hoch an wie den einer unmittelbaren Zusammenarbeit.⁶

Die Grundgedanken seiner Vorstellung einer funktionsfähigen und menschenwürdigen Ordnung für die moderne industrialisierte Wirtschaft⁷ entwickelte Eucken im Jahr 1946 in einigen Gutachten für die französische Militärverwaltung in Baden. Er konnte hier an die Arbeiten und Diskussionen aus der Zeit vor 1945 anknüpfen, in denen er mit Freunden und Kollegen die Grundzüge einer Wirtschaftsordnung für die Zeit nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes entwickelt hat. Eucken verschärfte in den Gutachten die Kritik an der Zentralverwaltungswirtschaft, die weder funktionsfähig noch menschenwürdig sei, und prüfte als deren Alternative die „freie Wirtschaft“. In der „sog. freien Wirtschaft“ erkannte Eucken eine vermachtete Wirtschaft, in der die zügellose unternehmerische Freiheit auch dazu gebraucht wurde, Kartelle, Trusts und Konzerne zu bilden und auf diesem Wege die wirtschaftliche Freiheit aufzuheben. Durch ihre wirtschaftliche Macht würden einzelne Gruppen politischen Einfluss gewinnen und dadurch die freie staatliche Verfassung untergraben.

Die Lenkungsmethoden der Freien Wirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft sind gescheitert. [...] Die heutige Situation zwingt uns , nach einem neuen , dritten Weg zu suchen und auf die beiden kritisierten Lenkungsmethoden zu verzichten.⁸

Den dritten Weg sieht Eucken in der Wettbewerbsordnung mit dem vollständigen Wettbewerb als wichtigstem Ordnungsinstrument der Volkswirtschaft. Er führt die folgenden Gründe für diesen Weg an:⁹

1. Preise, die in vollständiger Konkurrenz zustande kommen, lenken den Wirtschaftsprozess sinnvoll. Die Wirtschaftsrechnung ist korrekt. Die Preise bringen die Knappheitsgrade der einzelnen Güter richtig zum Ausdruck.

2. In der Wettbewerbswirtschaft kann sich der Leistungswettbewerb entwickeln. Schädigungs- und Behinderungswettbewerb (Monopolkampf) fehlt.
3. Die Wettbewerbsordnung ist zur internationalen Ordnung geeignet und fördert eine funktionsfähige Weltwirtschaft.
4. Ordnung und Freiheit befinden sich im Gleichgewicht. Die Wettbewerbsordnung wahrt die Selbstverantwortung, die wirtschaftliche und politische Freiheit des Einzelnen und ermöglicht den Aufbau oder die Erhaltung einer freien Verfassung. Aber diese Ordnung gewährt nicht die Freiheit, durch Schaffung von Machtgebilden die Freiheit zu beseitigen.
5. In der konkreten historischen Situation kann nur durch die Wettbewerbsordnung die radikale Umstellung der Produktion von der Kriegszur Konsumgüterproduktion erreicht werden.

Dem Staat kommen wichtige Funktionen zu, um die Wettbewerbsordnung zu verwirklichen:¹⁰

1. Er sollte seine ganze Wirtschaftspolitik nunmehr dahin ausrichten, dass keine Konzerne, Pools, Trusts und andere Machtgebilde entstehen.
2. Der Staat muss eine funktionsfähige Währung schaffen, mit freien, stabilen Devisenkursen. Dabei ist auch eine staatliche Ordnung der Giralgeldschöpfung der privaten Banken durchzuführen.
3. Der Haftungsgedanke muss verschärft werden.
4. Ein umfassendes internationales Handelsvertragssystem ohne Einfuhrverbote und Kontingente muss aufgebaut werden.

In welcher Situation sich die Freiburger mit diesen Ordnungsvorstellungen befanden, verdeutlicht Mikschs Notiz vom 5. Oktober 1946:

Als Liberaler steht man schon wieder wie 1933 zwischen den Besitzinteressen und der Borniertheit des Sozialismus. Wie anders könnte die Lage sein, wenn die Sozialdemokratie statt sich einer unklaren Planwirtschaft zu verschreiben, bei der Bekämpfung der privaten Macht - denn nur um diese geht es - etwa den Weg beschreiten würde, den die Freiburger Schule vorgezeichnet hat.¹¹

Vor allem Eucken war vom Misserfolg seiner Bemühungen, die Besatzungsbehörden wirtschaftspolitisch zu überzeugen, zeitweilig so entmutigt, dass er Miksch gegenüber immer wieder betonte, gegen das „schlichte Denken“ in eine radikale Oppositionsstellung zu gehen.¹² Seinen Rückzug als Gutachter für die Besatzungsverwaltung glich Eucken durch wissenschaftsorganisatorische Tätigkeiten und eine erhöhte publizistische Aktivität aus. Da er seine Argumente für eine Wettbewerbsordnung ohne private Macht in kleineren Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen wiederholte, Miksch die Vorstellungen der Freiburger zudem in zahlreichen Zeitungsartikeln¹³ aufgriff und beide gemeinsam mit anderen Kollegen die ordnungspolitische Konzeption der Freiburger Schule auf Tagungen und in Seminaren schärfte und verteidigten, wurden sie bald vom wichtigsten deutschen Wirtschaftspolitiker der Nachkriegszeit wahrgenommen. Im November 1947 lud Ludwig Erhard, damals Leiter der „Sonderstelle Geld und Kredit“¹⁴, Eucken und andere Ökonomen zu einer Aussprache über die Vorbereitung der von den Alliierten beabsichtigten Währungsreform ein.¹⁵ Während es den Amerikanern und Briten aber auch den meisten deutschen Währungsexperten allein um die Neuordnung des Geldwesens ging, trat Erhard für eine Verbindung von Währungs- und Wirtschaftsreform ein. Unterstützt wurde er von den Ordoliberalen.¹⁶ Das wurde deutlich, als die Sitzungsteilnehmer Probleme der Wirtschaftslenkung und der Preis- und Bewirtschaftungspolitik nach einer Währungsreform besprachen. Gegen die Argumente für eine „zentrale Lenkungswirtschaft“, die vor allem Günter Keiser (1902-1993), ein sozialdemokratisches Mitglied der „Sonderstelle“, vortrug, trat Eucken vehement auf. Es sei der „Sinn der Währungsreform, daß wir wieder richtige Preisrelationen bekommen, um dadurch die Direktive der volkswirtschaftlichen Kräfte zu haben“. Nur der Preis sei das Lenkungsmittel, in dem sich „die richtigen Knappheitsverhältnisse“ ausdrücken.

„Wenn man eine funktionierende Währung hat, ist eine zentrale Bewirtschaftung praktisch unmöglich.“ Ausführlich begründete Eucken sein Konzept der Wettbewerbsordnung und ging dabei deutlich weiter als Erhard. Eucken setzte sich für eine radikale Preisfreigabe und eine zügige Aufhebung aller Bewirtschaftungsmaßnahmen ein, Erhard wollte dagegen an der güterwirtschaftlichen Lenkung für Kohle, Eisen und Stahl, Nichteisenmetalle und Holz festhalten. Bereits auf dieser Sitzung deutete sich eine Differenz an, die später ein Wesensmerkmal der Zusammenarbeit zwischen den Freiburger Wissenschaft-

lern und Erhard wurde. Eucken argumentierte strikt rational im Sinne der Errichtung einer streng durchdachten Wirtschaftsordnung, Erhard dagegen gab wesentliche Elemente dieses Wirtschaftsordnungskonzepts auf, um durch Kompromisse mit Vertretern anderer wirtschaftspolitischer Konzeptionen die Grundrichtung seiner Wirtschaftspolitik nicht zu gefährden. Erhards Kompromissvorschlag reagierte nicht nur auf Expertenmeinungen wie die von Keiser, sondern auch auf die planwirtschaftlich ausgerichteten politischen Richtlinien der westlichen Besatzungsmächte sowie auf die Stimmung in der deutschen Öffentlichkeit. Neben den Gewerkschaften waren auch fast alle führenden Politiker der SPD und der starke Arbeiternehmerflügel der CDU gegen die Einführung einer freien Marktwirtschaft. Mit den stark planwirtschaftlich denkenden Kräften in Politik und Verwaltung sollte Erhard bald täglich zusammenstoßen. Hatte die „Sonderstelle“ nur eine beratende Funktion, so regelte die Institution, deren Direktor er am 2. März 1948 wurde, das Wirtschaftsleben in der amerikanisch-britischen Bizone. Nach langen Beratungen in der CDU und gegen den heftigen Widerstand der SPD wählte der Wirtschaftsrat Erhard zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft im Vereinigten Wirtschaftsgebiet. Erhard trat sein neues Amt am 6. April an und hielt am 21. April vor dem Wirtschaftsrat eine Rede, in der er sein marktwirtschaftliches Reformprogramm klar umriss und durch viele Bemerkungen andeutete, welchen wirtschaftspolitischen Ideen er folgen wollte.¹⁷ Es waren dies die ordoliberalen Vorstellungen einer freien und fairen Wettbewerbsordnung. Unter führenden Mitarbeitern der Verwaltung für Wirtschaft stießen diese Ideen auf Unverständnis. Erhard hatte es hier mit einem Netzwerk zu tun, in dem die Anhänger der Planwirtschaft dominierten. Für die Umsetzung von Erhards Vorstellungen waren deshalb zwei Umstände umso wichtiger. Dem Wissenschaftlichen Beirat, im Januar 1948 von der Verwaltung für Wirtschaft berufen und mit der Aufgabe betraut, die Verwaltung über Preispolitik und Lenkungsmethoden der Wirtschaft zu beraten, gehörten wichtige Vertreter ordoliberaler Reformkonzeptionen an. Bereits auf der Gründungssitzung führte Miksch aus, dass eine Währungsreform nur gelingen könne, „wenn die Interdependenz der Maßnahmen gewährleistet sei und mit Hilfe eines ganz neuen Geldes ohne rekurrenten Anschluss an die gegenwärtige Zirkulation, sofort die Marktwirtschaft in Kraft gesetzt werde“. Dem stimmten Eucken, Lampe, Rittershausen, Müller-Armack und Josten lebhaft zu.¹⁸ In dem Gutachten über „Maßnahmen der Verbrauchsregelung, der Bewirt-

schaftung und der Preispolitik nach der Währungsreform“ vom 18. April sprach sich die Mehrheit des Beirats für die Freigabe der Preisbildung und die Aufhebung der Rationierung aus. Und wie schon im November 1947 war es vor allem Eucken, der dafür plädierte, parallel zur Währungsreform die staatlichen Preisbindungen aufzuheben, alle wirtschafts- und sozialpolitischen Entscheidungen nach der Währungsreform zu koordinieren und den Missbrauch wirtschaftlicher Macht durch Monopole wirksam zu verhindern. Außerdem begegnete Erhard im Verwaltungsrat zwei Ökonomen, die dort wirtschaftsliberale Auffassungen vertraten und ihm theoretisch zuarbeiteten – Miksch und Heinrich Rittershausen (1898-1984).

Erhard übertrug Miksch bald nach seinem Amtsantritt die Ausarbeitung eines Gesetzes, das die Preisbildung regeln sollte.¹⁹ Am 24. Mai lag ein Entwurf vor, zu dem Erhard sagte, dass „meine [Mikschs] Thesen“ völlig seiner Auffassung entsprächen. „Erhard ist fest entschlossen zur Marktwirtschaft überzugehen. Er betrachtet, wie ich glaube, mit Recht auch das, was von der Bewirtschaftung übrig bleiben soll, nicht als notwendig, sondern als eine politische Konzession.“²⁰ Erhard musste den Planwirtschaftlern im Verwaltungsrat Konzessionen machen. Nach einer Hauptabteilungsleitersitzung „war er erheblich vorsichtiger, ganz auf Taktik eingeschworen“ und bat Miksch, den Gesetzesentwurf so umzuarbeiten, „damit die Ignoranten im Wirtschaftsrat glauben, wir wollten nichts anderes als die Verlängerung der Planwirtschaft“.²¹ Obwohl Edmund Kaufmann (1893-1953), der der CDU angehörende stellvertretende Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, die Textredaktion übernahm und dabei liberale Vorgaben planwirtschaftlich modifizierte, zeichnete sich das am 20. Juni von Erhard angekündigte „Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik“ (Leitsatzgesetz) durch einen ordoliberalen Kern aus: Die Freigabe der Preise bekam Vorrang vor staatlicher Festlegung, dem Grundsatz des Leistungswettbewerbs sollte Geltung verschafft werden, monopolistische Strukturen sollten unterbunden werden. Mikschs beharrlicher Einsatz, den vor allem Eucken durch wissenschaftliche Argumente nach Kräften unterstützte, führte dazu, dass die liberalen Ideen im Verwaltungsgang nicht noch weiter verwässert worden. Dieser Einsatz blieb Erhard nicht verborgen: In einem Dienstzeugnis bezeichnete er Miksch als „den Vorkämpfer der Rückkehr zur freien Marktwirtschaft“.²²

Mit dem Leitsatzgesetz wurde in den westlichen Besatzungszonen die Grundlage für eine Wirtschaftsordnung gelegt, die weitgehend ordoliberalen Vorstellungen aus der Schule Euckens entsprach. Ohne die theoretischen Konzepte von Eucken und Miksch, ohne Böhms politischen Einsatz für Erhard, ohne die engagierte Mitarbeit mehrerer Freiburger im Wissenschaftlichen Beirat und vor allem ohne Mikschs taktisch geschicktes, immer aber theoriegeleitetes Handeln in der Verwaltung für Wirtschaft hätte sich Erhard mit seinen wirtschaftspolitischen Vorstellungen wohl kaum durchsetzen können. Die Freiburger Eucken, Böhm und Miksch waren die Wegbereiter des Leitsatzgesetzes und in diesem Sinne auch die Wegbereiter einer Wirtschaftsordnung, die aus wahltaktisch-politischen Gründen bald als „Soziale Marktwirtschaft“ bezeichnet wurde. Die Vorgeschichte dieses Gesetzes zeigt aber auch sehr deutlich, dass der Politiker Erhard von Anfang an starke Kompromisse eingehen musste. Bis zur Verabschiedung des Leitsatzgesetzes musste er den Planwirtschaftlern in seiner Behörde und in den beiden großen Parteien CDU und SPD immer wieder Konzessionen machen, durch die die strikt wettbewerbstheoretischen Ansprüche durch planwirtschaftliche und interventionsstaatliche Elemente abgeschwächt wurden.

In welchem Maße Erhard seit Mitte 1948 dann in ein Konfliktfeld geriet, in dem er aus Gründen der politischen Mehrheitsfindung innerhalb der CDU, der Verwaltung für Wirtschaft und später in der Bundesregierung immer wieder eine Vermittlung zwischen ordoliberalen Konzepten und den antiliberalen wirtschaftspolitischen Auffassungen von Industrieverbänden und Gewerkschaften, Mitarbeitern seiner Verwaltung und der politischen Führung bis hin zu Konrad Adenauer (1876-1967)²³ herbeiführen musste, verdeutlichen neben Mikschs Tagebuchaufzeichnungen vor allem Euckens Briefe an Alexander Rüstow.²⁴ Diese Briefe und Tagebuchnotizen gehören zu den wichtigsten Quellen, um die Einstellung der Freiburger Schule zur Wirtschaftspolitik Erhards nach der Wirtschafts- und Währungsreform zu rekonstruieren. Eucken und Miksch schätzten die „theoretische Sorgfalt, mit der [Erhard] die Probleme durchdiskutiert“²⁵ und betonten, dass sie zu ihm eine gute Beziehung unterhielten und er „unserem Kreise“ nahe stünde.²⁶ Ihnen wurde aber schon bald nach der Verabschiedung des Leitsatzgesetzes klar, dass Erhards wirtschaftsliberale Auffassungen sowohl in der Verwaltung für Wirtschaft, später dann beim Aufbau des Bundesministeriums für Wirtschaft als auch in der CDU auf heftigen Widerstand stießen. Im Tagebuch hielt Miksch minutiös fest, wie es wirtschaftlichen Interessengruppen

immer wieder gelang, Gesetzesentwürfe in ihrem Sinne zu beeinflussen, sich Privilegien zu erkämpfen und dem Wettbewerb zu entziehen und somit private wirtschaftliche Machtpositionen aufzubauen und zu festigen. Unterstützt wurde dieser Lobbyismus nicht nur von Wirtschaftsverbänden, sondern auch von hochrangigen Vertretern der CDU, die damit auch gegen Erhards Ordnungsvorstellungen opponierten.

Nachdem Rittershausen, neben Miksch „der einzige im Amt, der seit Jahren die Politik vertreten hat, die jetzt durchgeführt worden ist“, beurlaubt worden war, hielt Miksch schon Mitte 1948 resignierend fest: „Man benützt uns Liberale, solange man uns gegen die Linke braucht, aber wenn der zweite Teil des Programms an die Reihe kommen soll, schickt uns der Interessentenkapitalismus in die Wüste.“²⁷

Diese resignative Stimmung hielt an, als Miksch und Eucken sahen, wie Erhard nach und nach Abstand vom Freiburger Modell der Wettbewerbsordnung nahm. Sie registrierten Erhards Schwierigkeiten in der CDU, radikal von der „Zwangswirtschaft“ Abschied zu nehmen²⁸, mussten aber auch immer wieder feststellen, dass Erhard enge Verbindungen zu wirtschaftlichen Machtgruppen unterhielt: „Das ist überhaupt etwas, was schwer herauszubekommen ist, wie weit hinter dem Kurse Erhards Interessen stehen.“²⁹ Trotz aller Bedenken gegen Erhards wirtschaftspolitische Zugeständnisse glaubten Eucken und Miksch, „dass Erhard sich sagt, man müsse zuerst einmal die Marktwirtschaft durchsetzen, auch wenn sie nicht so wird, wie sie eigentlich sein müsste, dass er also gleichsam das kleinere Übel wählt“.³⁰

Die Freiburger reagierten auf diese Situation auf dreierlei Weise: Vor allem Miksch ließ keine Gelegenheit aus, um Erhard immer wieder auf die „universelle Wettbewerbsordnung, für eine Wirtschaft ohne private Macht, die nur von Recht und Gesetz regiert wird und nicht von der Willkür einer staatlichen Bürokratie“ hinzuweisen und alle konkreten wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf dieses „schöne Ziel“ zu beziehen.“ Eucken und Miksch erklärten in Vorträgen und Gesprächen, „dass das, was jetzt geschieht, auch wenn man es prinzipiell billigt, nicht als das angesehen werden kann, was die Freiburger Schule anstrebt“, dass die Wirtschaftspolitik der gerade gegründeten Bundesrepublik also ein Kompromiss ist, der verschiedene Interessen ausgleichen soll, nicht aber die direkte Umsetzung des Konzepts der Wettbewerbsordnung.³² Vor allem Eucken engagierte sich, Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und

Vertretern der katholischen Soziallehre den Gedanken der Wettbewerbsordnung zu erläutern und ihnen zu verdeutlichen, dass gerade diese Ordnung die Interessen der Arbeiterschaft am besten befriedige.³³ Obwohl Eucken und Miksch die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1949 immer heftiger kritisierten, setzten sie weiter auf Erhard; sie sahen keine politische Alternative. Erhard, so Miksch, werde bewusst ausgeschaltet, er komme gegen Adenauer³⁴ nicht an. Eucken versuchte noch in einer seiner letzten Arbeiten³⁵ die wettbewerbsfeindlichen Tendenzen der aktuellen Wirtschaftspolitik aufzuzeigen und hoffte so, Erhard unterstützen zu können. Zu diesem Aufsatz schrieb er an Rüstow:

Der kleine Aufsatz, den ich Ihnen sandte, hat einen gewissen politischen Hintergrund. Wie Sie bemerkt haben werden, wendet er sich gegen die Tendenzen der Interessentengruppen in Landwirtschaft und Industrie, die wieder eine ganz außerordentliche Macht auszuüben beginnen. Erhard ist ziemlich isoliert. Zwar hat er Freunde auch in den großen Parteien. Aber es ist wirklich zu fürchten, dass wir wieder in die alten Fehler zurückfallen.³⁶

Die von ihm beobachteten Tendenzen erinnerten Eucken allzu sehr an die Wirtschaftspolitik in der Weimarer Republik. Diese Politik war bestimmt durch punktuelle Interventionen der verschiedenen Regierungen und den verheerenden Einfluss wirtschaftlicher Machtgebilde wie Verbände, Gewerkschaften, Monopole und Kartelle auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungen des Staates. Sollte es Erhard nicht gelingen, die alten Fehler der „Wirtschaftspolitik der Experimente“ zu vermeiden, so müssen wir, so Eucken und Miksch „ernsthaft daran denken, von dem gegenwärtigen Regierungskurs deutlich abzurücken. Das Kabinett Adenauer erweist sich immer mehr als eine Interessentenregierung. Landwirtschaftliche und schwerindustrielle Einflüsse haben sich vereinigt. Wir können nicht länger zusehen. Man wird später sagen, es seien unsere Ideen gewesen“.³⁷

- 1 Ludwig Erhard: Franz Böhms Einfluss auf die Politik, in: Heinz Sauer mann/Ernst-Joachim Mestmäcker (Hg.): Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung. Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag, Tübingen 1975, S. 15-21, hier S.15.
- 2 Die Literatur zur Bedeutung der Freiburger Schule für die Herausbildung der Sozialen Marktwirtschaft ist sehr umfangreich. Dass es bei der Interpretation dieser Beziehung zu heftigen Kontroversen kam und kommt, ist keine Überraschung. Ungeachtet aller Differenzen in der Bewertung des Einflusses Euckens und anderer Ordoliberaler auf die Politik der Sozialen Marktwirtschaft, zeichnen sich die folgenden Arbeiten durch eine genaue Analyse der Texte und eine umfassende Berücksichtigung des historischen Kontextes aus: Gerold Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland, Stuttgart 1977; Walter Oswalt: Die falschen Freunde der offenen Gesellschaft, in: Walter Eucken: Wirtschaftsmacht und Wirtschaftsordnung, Münster u. a. 2001, S. 87-152; Rainer Klump: Der Beitrag der Freiburger Kreise zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, in: Nils Goldschmidt (Hg.): Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen 2005, S. 383-401; Nils Goldschmidt/Michael Wohlgemuth: Social Market Economy: origins, meanings and interpretations, in: Constitutional Political Economy 19,3 (2008), S. 261- 276.
- 3 Umfassend wird man dieses Thema erst nach der Erschließung des Nachlasses von Walter Eucken bearbeiten können. Die Nachlasserschließung und sukzessive Verzeichnung aller Nachlassdokumente in einer frei zugänglichen Internetplattform hat Ende 2013 an der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena begonnen.
- 4 Leonhard Miksch: Wettbewerb als Aufgabe, Stuttgart 1937; 2., erw. Aufl. Godesberg 1947.
- 5 Zu Miksch vgl. Arnold Berndt/Nils Goldschmidt: „Wettbewerb als Aufgabe“ - Leonhard Mikschs Beitrag zur Ordnungstheorie und -politik, in: ORDO 51(2000), S. 33-74 sowie die Beiträge in Lars P. Feld/Ekkehard A. Köhler (Hg.): Wettbewerb und Monopolbekämpfung. Zum Gedenken an Leonhard Miksch, Tübingen 2014. Ich gehe in meinem Beitrag zu dem Band von Feld und Köhler auf Mikschs ambivalente Haltung zum Nationalsozialismus ein.
- 6 Leonhard Miksch: Tagebuch 1945-1950. Das maschinenschriftliche Original befindet sich in Familienbesitz; ich zitiere aus einer Kopie, die mir Frau Helga Serrano-Miksch, die Tochter von Leonhard Miksch, zukommen ließ. Ein Digitalisat des Tagebuchs befindet sich im Walter Eucken Institut Freiburg. Die Edition des Tagebuchs wird von einer Arbeitsgruppe des Walter Eucken Instituts Freiburg, des Walter Eucken Archivs Frankfurt am Main und der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena vorbereitet.
- 7 Der Frage, wie „der modernen industrialisierten Gesellschaft eine funktionsfähige und menschenwürdige Ordnung gegeben werden“ könne, widmete sich Eucken seit Beginn der 1930er Jahre; die Formulierung findet sich bei Eucken in den „Grundsätzen der Wirtschaftspolitik“ im 1. Kapitel.
- 8 Walter Eucken: Über die Gesamtrichtung der Wirtschaftspolitik [Januar 1946], in: Ders.: Ordnungspolitik, hg. von Walter Oswalt, Münster 1999, S. 16 f.
- 9 Fh.-I - 17-IQ
- 10 Ebd., S. 21-24.
- 11 Miksch: Tagebuch (Anm. 6), Eintrag vom 5. Oktober 1946.
- 12 Vgl. Miksch: Tagebuch (Anm.6), Einträge vom 4. und 15. Januar 1947.
- 13 Eine Übersicht über Mikschs Zeitungsbeiträge der Jahre 1947-1950 findet sich in der Miksch Bibliografie in Feld/ Köhler: Wettbewerb und Monopolbekämpfung (Anm. 5); Euckens Beiträge sind auf den Internetseiten des Walter Eucken Instituts www.walter-eucken-institut.de bibliografisch erfasst.
- 14 Die Sonderstelle Geld und Kredit war ein deutsches Expertengremium, das vom Wirtschaftsrat, dem Parlament der vereinigten amerikanisch-britischen Bizone, eingerichtet wurde, um die Amerikaner und Briten bei der Vorbereitung der Währungsreform zu unterstützen.
- 15 Wann Erhard erstmals etwas von Eucken gehört oder gelesen hat, lässt sich nicht genau nachweisen. Wahrscheinlich wurde er mit Arbeiten Euckens bekannt, als er nach seiner Tätigkeit als bayerischer Wirtschaftsminister 1947 eine Honorarprofessur in München innehatte. An der Universität gehörte er einem Zirkel um den neoklassischen Nationalökonom Adolph Weber (1876-1963) an, in dem die damals an Einfluss gewinnenden Auffassungen Euckens kritisch diskutiert wurden. Zu Erhards Rezeption ordoliberalen Gedanken vgl. vor allem Patricia Commun: Erhards Bekehrung zum Ordoliberalismus. Die grundlegende Bedeutung des wirtschaftspolitischen Diskurses in Umbruchzeiten (Freiburger Diskussionspapiere zur Ordnungsökonomik; 04/4), Freiburg 2004.

- 16 Wir folgen bei der Darstellung dieser Debatte Volkhard Laitenberger: Auf dem Weg zur Währungs- und Wirtschaftsreform, in: Soziale Marktwirtschaft. Bilanz und Perspektive, Bonn 1988. S. 7-27. hier S. 10-12.
- 17 Ludwig Erhard: Der Weg in die Zukunft. Rede vor der 14. Vollversammlung des Wirtschaftsrates des Vereinigten Wirtschaftsgebietes am 21. April in Frankfurt am Main , in: Ders: Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft, Düsseldorf u. a. 1962, S. 37- 61.
- 18 Miksch: Tagebuch (A nm. 6). Eintrag vom 23. Januar 1948.
- 19 Einen ersten Entwurf bearbeiteten Miksch und Rittershausen schon Ende November 1947. Im Tagebuch heißt es am 24. November 1947: „Rittershausen kam gestern noch spät abends herüber mit einem Rohentwurf zu einem wirtschaftlichen Verfassungsgesetz, den wir dann gemeinsam vervollständigten und redigierten.“
- 20 Ebd., Eintrag vom 24. Mai 1948.
- 21 Ebd., Eintrag vom 26. Mai 1948.
- 22 Staatsarchiv Freiburg C 25/2.
- 23 Zu den Konflikten zwischen Adenauer und Erhard auf dem Feld der Wirtschaftspolitik vgl. Daniel Koerfer: Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer , Stuttgart 1987.
- 24 Euckens Briefe an Rüstow liegen im Nachlass Rüstow im Bundesarchiv Koblenz unter der Signatur N 1169/3.
- 25 Miksch: Tagebuch (Anm. 6), Eintrag vom 5. April 1949.
- 26 Brief Euckens an Rüstow vom 7. Februar 1949.
- 27 Miksch: Tagebuch (Anm. 6), Einträge vom 1. und 12. Juli 1948.
- 28 Ebd., Eintrag vom 12. Oktober 1948.
- 29 Ebd., Eintrag vom 4. Dezember 1948; ähnlich am 22. Juli 1949 bei Betrachtungen über Interessenpolitik im Umkreis Erhards:
„Nur Erhards Rolle gibt mir einige Rätsel auf.“
- 30 Ebd., Eintrag vom 15. Juni 1949.
- 31 Ebd., Eintrag vom 13. Februar 1949. Wichtige Gespräche mit Erhard hat Miksch noch am selben Tage im Tagebuch festgehalten.
- 32 Ebd., Eintrag vom 23. Juni 1949; ähnlich auch die Einträge vom 1. November und 20. Dezember 1949. Am 1. November schreibt Miksch gar, dass dann, wenn die Bundesregierung die Ideen der Freiburger Schule weiter missbrauche, man den Trennungsstrich sehr entschieden ziehen müsse.
- 33 Briefe Euckens an Rüstow vom 14. Juli 1948, 7. Februar 1949 und 29. März 1949.
- 34 Vgl. Miksch (Anm. 6), Eintrag vom 20. Dezember 1949.
- 35 Miksch: Tagebuch (Anm. 6), Eintrag vom 20. Dezember 1949. Walter Eucken: Von der alten zur neuen Wirtschaftspolitik, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Dezember 1949, S. 11.
- 36 Brief Euckens an Rüstow vom 8. Februar 1950.
- 37 Miksch: Tagebuch/Anm. 6), Eintrag vom 20. Dezember 1949.

Dr. Uwe Dathe Kurzbiographie



Geb. 1962 in Herzberg/Elster. Studium der Philosophie, Logik und Rumänistik in Leipzig; Dr. phil.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Forschungsprojekten der Universitäten Leipzig, Jena und Braunschweig. 2000 – 2005 Lektor des DAAD an der Universität Kiew. Derzeit wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik der Friedrich-Schiller-Universität Jena und an der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena (Erschließung und wissenschaftliche Auswertung des Nachlasses von

Walter Eucken).

Veröffentlichungen: Gottlob Frege. Werk und Wirkung 2000; (Mithg.) Phänomenologie und die Ordnung der Wirtschaft, 2009; (Bearb.) Nachlassverzeichnis Rudolf Eucken 2011; (Mithg.) Alexander Cartellieri. Tagebücher eines deutschen Historikers, 2013; Aufsätze zur Philosophie- und Wissenschaftsgeschichte, zum Ordoliberalismus und zur Transformation in Osteuropa.

Walter Eucken (1891 – 1950)

Kurzbiographie

Walter Eucken wird am 17. Januar 1891 in Jena geboren. Sein Vater, Rudolf Eucken (1846–1926), ist Universitätsprofessor und einer der prominentesten Philosophen des Kaiserreichs. Seine Mutter, Irene Eucken (1863–1941), ist Malerin.



Walter und seine Geschwister Arnold (1884–1950) und Ida (1888–1943) werden früh durch die geistige Atmosphäre des Elternhauses geprägt, in dem Gesprächs-abende, Lesungen und Konzerte stattfinden und internationale Studierende, bedeutende Philosophen, Theologen, Historiker, Schriftsteller, Musiker und Avantgarde-Künstler zu Gast sind.

Sein Studienpensum umfasst neben den wirtschaftswissenschaftlichen auch historische, juristische, philosophische und kunstgeschichtliche Lehrveranstaltungen, so dass er sich eine breite Bildung erwirbt.

Eucken absolviert den Militärdienst als Einjährig-Freiwilliger, später wird er zum Kriegsdienst an der Front eingezogen.

Nach Kriegsende kehrt Eucken in die Wissenschaft zurück.

Im März 1921 habilitiert sich Eucken und lehrt bis März 1925 als Privatdozent an der Universität Berlin.

Von Dezember 1920 bis März 1924 ist Eucken zudem beim Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI) in Berlin tätig. Dort hat er sich mit Kartellfragen in der Textilindustrie zu befassen und erhält dabei tiefen Einblick in wirtschaftliche Machtkämpfe. Eine praktische Erfahrung, die seine theoretischen und wirtschaftspolitischen Ansichten entscheidend beeinflusst.

Im Dezember 1920 verheiratet sich Walter Eucken mit Edith Erdsiek (1896–1985), einer schriftstellerisch begabten Studentin. Aus der Ehe gehen zwei Töchter und ein Sohn hervor.

Am 1. April 1925 tritt Eucken eine ordentliche Professur an der Universität Tübingen an und übernimmt dort im Studienjahr 1926/27 das Amt des Dekans. Zwei Jahre später, zum 1. Oktober 1927, folgt er dem Ruf auf die Professur für Volkswirtschaftslehre an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, die er bis zu seinem Tod innehat.

In Freiburg trifft er auf eine von freiheitlichem Geist geprägte Geselligkeit, wie er sie aus dem Elternhaus kennt und in Freiburg fortführt.

Eucken schließt sich 1932 dem Bund für freie Wirtschaftspolitik an und wendet sich entschieden gegen damals von der Politik favorisierte Autarkiepläne und gegen jede Art von Protektionismus.

Gemeinsam mit den zwei Juristen Franz Böhm (1895–1977) und Hans Großmann-Doerth (1894–1944) begründet Eucken 1937 die Schriftenreihe „Ordnung der Wirtschaft“: Es geht ihnen um die Schaffung eines gesellschaftlichen und politischen Ordnungsrahmens für die Wirtschaft, der den Wettbewerb als Ordnungsprinzip sichert.

Dem NS-Regime steht Eucken von Anfang an ablehnend gegenüber und scheut sich nicht, dies öffentlich zu äußern. So tritt Eucken dem ab April 1933 amtierenden Rektor der Freiburger Universität, Martin Heidegger, entschieden entgegen, als dieser das Führerprinzip einführt und die akademischen Freiheiten aufhebt. 1936 erregt Eucken großes Aufsehen, als er vor großem Publikum geistige Tyrannei und Machtmissbrauch der nationalsozialistischen Wissenschaftsauffassung geißelt und für ein Streben der Wissenschaft nach Wahrheit plädiert.

Nach dem 20. Juli 1944 kommt die Geheime Staatspolizei der Arbeit der Freiburger Kreise, die im Widerstand gegen das NS-Regime sind und für die sich Eucken engagierte, auf die Spur. Eucken wird zweimal unter Folterandrohung verhört.

Als die französischen Truppen im April 1945 auf Freiburg vorrücken, engagiert er sich sofort für den organisatorischen Neuanfang der Universität und wird

in der ersten Nachkriegsversammlung der Ordinarien am 25. April 1945 zum Dekan der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät gewählt.

Ab 1947 wirkt Eucken als Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats bei der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, ab 1948 dann im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium mit. Eucken plädiert dafür, gleichzeitig mit der Währungsreform auch die Preise freizugeben und die Bewirtschaftungsmaßnahmen aufzuheben.

Am 20. März 1950 verstirbt Eucken überraschend in London.

Herausgeber:

Aktionskreis Freiburger Schule

Goethestraße 10

D-79100 Freiburg

Fon: +49-761-79097-0

Fax: +49-761-79097-97

info@aktionskreis-freiburger-schule.de

www.aktionskreis-freiburger-schule.de

Aktionskreis **Freiburger Schule**
Initiative für Ordnungspolitik

Goethestraße 10, D-79100 Freiburg im Breisgau
Telefon: +49 761 79097-0, aktionskreis@freiburger-schule.de
www.aktionskreis-freiburger-schule.de

Walter Eucken **Institut**



ORDO → Constitutio in Libertate

Goethestraße 10, D-79100 Freiburg im Breisgau
Telefon: +49 761 79097-0, wei-freiburg@eucken.de
www.eucken.de



Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Friedrichstraße 39, 79098 Freiburg
Telefon: +49 0761 203-0, info@uni-freiburg.de
www.uni-freiburg.de